

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pfg., bei Selbstabholung 50 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungskarte Nr. 4568) vierteljährlich 1.80 Mk., für 2 Monate 1.20 Mk., für 1 Monat 60 Pfg. exkl. Bestellgeld.

Chefredaktion:
Dr. Bruno Schoenlant.

Inserate werden die 5spaltige Zeile oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. Vereinsanzeigen 15 Pfg. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition angegeben sein. — Anzugegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauschaer Straße 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Tauschaer Straße 19/21. Sprechstunde 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Vorausgeworfene Schatten.

Leipzig, 19. Februar.

Die gemeinschädlichen Auswüchse, die die kapitalistische Gesellschaft im Produktions- und Zirkulationsprozess ihrer Waren zeitigt, kommen nachgerade auch zur Erkenntnis solcher Kreise, die jedem an das Sozialistische nur streifenden Gedanken sonst durchaus abhold sind und es als ein bedenkliches Mittel an den Grundlagen von Staat und Gesellschaft ansehen, wenn die Berechtigung der heutigen Produktionsform irgendwie bestritten wird. Unlänglich der neuen Schiffsbauten für die Schlagschiffe wurde von liberaler Seite die Frage aufgeworfen, ob es nicht dem Staatswohl angemessen sei, alle die großen Werften, die Geschützgießereien und die damit zusammenhängenden Betriebe in den Besitz des Staates überzuführen, um durch den Wegfall des enormen Unternehmergewinns eine Verbilligung der dort anzufertigenden Gegenstände zu erreichen und so den Steuerzahler zu entlasten. Nun kommt auch die Kreuzzeitung und fragt angefaßt des großen Ausstandes der Bergleute, ob denn der Privatcharakter der Kohlenwerke mit der Staatswohlfahrt vereinbar sei, und das Junferblatt gelangt zu dem Schlusse, diese Frage entschieden zu verneinen.

Ohne reaktionäre Hintergedanken geht es dabei natürlich nicht ab. Denn die Kreuzzeitung denkt offenbar daran, durch Überführung der Kohlenwerke in den Staatsbesitz den Ausständen vorbeugen und die Organisationen der Arbeiter zerstören zu können. Das ist ein Grund, die Monopolvorschlüsse dieses feudalen Blattes mit größter Vorsicht aufzunehmen. Daß übrigens die „Verstaatlichung der Kohlengruben“ Ausstände der Arbeiter überhaupt und für immer verhindern könnte, das glaubt die Kreuzzeitung doch wohl selbst nicht.

Die rein volkswirtschaftlichen Gründe, die für die Verstaatlichung angeführt werden, die steigende Bedeutung der Kohlenproduktion für Industrie und Gewerbe u. s. w., brauchen wir nicht weiter zu erörtern. Die Frage, ob es heute zeitgemäß und vorteilhaft sei, einen Industriezweig zu einem Staatsmonopol zu machen, ist schon praktisch gewesen, aber infolge des Massencharakters des heutigen Staats bei der Sozialdemokratie auf vielfache und wohl begründete Bedenken gestoßen. Und ganz gewiß nicht mit Unrecht. Man kann eine Vorarbeit für den demokratischen Sozialismus darin erblicken, wenn einzelne Betriebszweige dem Privatbesitz entziffen und in die Verwaltung des Staates übergeführt werden. Dem Sozialismus bleibt dann die Expropriation der Ein-

zelnen erspart; er findet schon einen konzentrierten Betrieb vor. Dennoch kann man unseres Erachtens die Monopole nur von Fall zu Fall beurteilen, wie es auch seitens der Sozialdemokratie geschehen ist. Die Vorschläge zur Verstaatlichung der Apotheken haben kaum Gegner gefunden, weil sich jedermann sagte, daß auf diesem Wege der ungeheuerlichen Ueberschneidung, die dem Volke seitens der Apotheken zugefügt wird, wirksame Schranken gezogen werden können. In der Schweiz hat die Sozialdemokratie mit Nachdruck die Verstaatlichung des Getreidehandels verfolgt, wobei man besonders betonte, daß es mit dem Getreidehandel in den Händen einer demokratischen und von der Volksvertretung hinlänglich kontrollierten Staatsverwaltung unendlich besser bestellt sei, als in den Händen von Spielunten und Kornwucherern.

Als das Reichseisenbahnprojekt aufstand, waren die Meinungen geteilt. Die Einen meinten, man dürfe der damaligen Bismarckschen Regierung die Machtfülle, die mit dem Besitze des ganzen deutschen Eisenbahnnetzes verbunden sei, nicht auch noch zuwenden, man werde damit die Gewaltpolitik des leitenden Staatsmannes unnötig fördern. Die Anderen sagten, Privatbahnen seien auch kein Schutz gegen eine politische Reaktion, und wiesen auf die erhöhte Möglichkeit von Reformen im Verkehrsweisen hin, die sie von dem Reichseisenbahnprojekt erhofften. Indessen nahm das Projekt keine praktische Gestalt an; es blieb bei akademischen Erörterungen. Anders kam es im Anfang der achtziger Jahre; Bismarck kam mit dem Projekt eines Tabaksmonopols an den Reichstag, und diese Angelegenheit beschäftigte die politische Welt längere Zeit auf das lebhafteste. Der Widerstand gegen das Tabaksmonopol wurde sehr nachhaltig; die große und kleine Geschäftswelt sperrte sich aus sehr natürlichen Gründen dagegen; höchstens verachtende Geschäftsinhaber wünschten, daß ihnen der Staat ihre Betriebe gegen Entschädigung abnehme. Die Tabakarbeiter waren einmütig gegen das Monopol, sie befürchteten mit vollem Recht, der im Monopol konzentrierte Betrieb würde den Bedarf an Arbeitskräften ungemein verringern und es würden dann eine Menge von Arbeitern aus ihrem erlernten Beruf herausgeworfen gegen eine geringfügige Entschädigung. Die Regierung ließ bei der Begründung des Tabaksmonopols ihre rein fiskalischen Absichten zu deutlich hervortreten, und die Sozialdemokratie lehnte die Verstaatlichung entschieden ab. Man sah, daß das eigentliche Ziel Bismarcks nur dahin ging, sich möglichst viele Einnahmen zu verschaffen, um von der parlamentarischen Zustimmung unabhängiger zu werden. Der Reichstag erkannte die ausgesprochenen Bedenken durch-

aus an und lehnte 1882 das Tabaksmonopol mit allen gegen 43 Stimmen ab.

Später wurde noch ein schwächlicher Versuch mit dem Branntweinmonopol gemacht, das in den Anfangsstadien stecken blieb.

Wir zweifeln nicht daran, daß die Frage der Monopole wieder kommen wird und daß die verbündeten Regierungen, bei der gegenwärtigen rapiden Vermehrung der Staatsausgaben, sich genötigt sehen werden, die alten Projekte wieder hervorzuholen.

Man kann sich auf den Standpunkt stellen, daß man dem Klassenstaat prinzipiell alle solchen Einnahmequellen abschneiden hilft, weil er die Einnahmen ja nur für seine Politik verwendet, die den arbeitenden Klassen gegenüber eine reaktionäre ist.

Es können aber auch Umstände obwalten, unter denen die Verwandlung einer Reihe von Privatbetrieben in einen einzigen konzentrierten Staatsbetrieb von Vorteil wäre, rein volks- und staatswirtschaftlich genommen. Die Sozialdemokratie würde sich aber dann auch nicht entschließen können, solche Betriebe der fiskalischen Bureaucratie ohne alle Garantien für deren zweckmäßige Verwaltung auszuliefern. Die Sozialdemokratie müßte an der Forderung einer genügenden parlamentarischen Kontrolle für die Verwendung der Erträgnisse festhalten; desgleichen müßte sie an der Gewährung von Koalitionsfreiheit für die in den Monopolbetrieben beschäftigten Arbeiter unter allen Umständen festhalten, denn man kann den Arbeitern doch nicht zumuten, ihr Koalitionsrecht, das so schon so sehr durchlöchert ist, aufzugeben, um nachfolgenden Generationen die Expropriation zu erleichtern. Das wäre denn doch etwas zu viel Zukunftspolitik!

Man sieht, daß mit dem Monopolisierungsgedanken eine Menge von Fragen aufstehen, die zum Teil von recht einschneidender Bedeutung sind. Im Hinblick darauf, daß diese Fragen unter Umständen sehr bald wieder einmal praktisch werden können, wollen wir es nicht unternehmen, im voraus etwas festzulegen, sondern wir wollen nur zur Anregung der Diskussion über die Frage unser Teil beitragen. Die Sozialdemokratie wird neuerdings Stellung zu der Sache nehmen müssen, denn wenn die Monopolfrage wieder an uns herantritt, so wird das in bedeutend größerem Umfange geschehen, als früher, und die Kämpfe, die darob entbrennen, werden sehr heftig sein.

Seuilleton.

Nachdruck verboten.

Kraft.

Von Fritz Mauthner.

41)

„Der junge Herr Baron könnte sich erkälten, wenn er bis in den Anhalter Bahnhof hinein schläft und dann in die kalte Halle tritt. Jetzt gewöhnt er sich langsam, und wird an seinem ebenso kräftigen wie eleganten Körper keinen Schaden nehmen.“

„Ich bitte!“

Van Tenius machte eine abwehrende Handbewegung und plauderte mit dem Knaben.

Auf dem Bahnhof war er der Frau artig beim Aussteigen behilflich, nahm ihr die kleinen Besorgungen ab und brachte sie bis zu einem Wagen.

„Sie fahren nicht mit? Sie bringen uns nicht zum Hotel?“

„Nein, meine gnädigste Frau.“

„Ich verstehe nicht. Kann es einen größeren Beweis ...“

„Sie haben sich in mir getäuscht, meine gnädigste Frau. Was Sie mir bieten, ist ein unschätzbares Geschenk. Und ich glaube, es wäre keine Phrase, wenn ich es ein göttliches Geschenk nennen würde. Halten Sie mich nur nicht für ungalant. Aber es ist mir zu wenig. Das haben Sie nicht bedacht. Kutscher, Hotel de Rome. Gute Nacht, meine gnädigste Frau. Gute Nacht, Junter!“

Van Tenius ging zu Fuß nach Hause. Ein Horn bewegte ihn, für den er nur keine Worte fand, und kein Ziel

und kein Opfer. Das hätte er nicht für möglich gehalten! Nicht für möglich unter der Sonne! Unter der gemeinsamen Sonne, auf der alten ewigen Welt. Aber es war recht so! Wie oft hatte er sich den Vorwurf gemacht, daß er ein toller Spießbürger geworden wäre und zu seinen armen Tenseln nur noch stände wie ein Wohlthäter, wie einer über ihnen. Er war ja kein Proletarier mehr. Er gehörte ja der Gesellschaft an. Und nun hatte sie, sie, sein Weib, ihn einen Proletarier zu nennen gewagt, und ihn aus ihrem Zimmer hinausgestoßen. Zu der Gefindestube sollte er sich den Tisch decken lassen und das Bett aufschlagen. Heimlichkeiten haben wollte sie da mit dem Kerl aus der Gefindestube, weil sie den Kerl lieb hatte. Aber die Brut sollte sich nicht vermischen. Man hielt auf Rasse!

Es war halb zwölf Uhr, als van Tenius seine Stube betrat. Hut und Plaid warf er aufs Sofa. Dann ging er heftig auf und nieder. Es war gut so. Bei seinem Proletariertum hatte ihn sein Weib gepackt. Das sollte sie büßen, sie und alle von der Baronsrasse! Was noch an ihm haften geblieben war von Rücksicht und Mitleid nach oben, das sollte aufhören. Seine Faust sollten sie fühlen.

Draußen hörte er es schleichen. Dann klopfte es leise an die Thür. Gedankenlos sagte er herein.

Die Nichte kam, ein Licht in der Hand. Sie hatte außer dem weißen Rock nur ein loses Hemd an, und über die Schultern ein rotkarriertes Wolltuch geschlagen. Zweimal ließ sie die nackten Schultern darunter sehen, um dann schüchtern und schämig die Tuschenden übereinander zu schlagen.

„Bitte tausendmal um Verzeihung, Herr Rechtsanwalt. Aber ich habe mich so um Sie geängstigt. Plötzlich reifen Sie fort, ohne uns was zu sagen, und dann sind Sie

wieder da und gehen so aufgeregt hin und her, und doch hätte ich mir nicht erlaubt, obwohl ich fragen wollte, ob Herr Rechtsanwalt etwas genehigen wollen.“

Van Tenius hatte seine Gedanken immer noch nicht gesammelt. Zerstreut ließ er seine Augen über die Schultern des Mädchens gleiten und sagte nur:

„Das wäre wahrhaftig nicht dumm. Ich glaube, ich wäre nicht so aufgeregt, wenn ich nicht einen so barbarischen Hunger hätte.“

„Ach, das ist schön, Herr Rechtsanwalt. Etwas Kaltes ist da. Wurst und Käse und Bier. Aber ich hätte auch darum nicht gewagt. Es schickt sich ja auch gar nicht. Ich muß mich ja schämen. Aber da ist ein Telegramm ...“

„Ich weiß.“

„Und dann war zweimal eine Person hier. Herr Rechtsanwalt müßten hinausgehen zu dem Polen. Es ginge auf Tod und Leben. Wegen des Mordes, Herr Rechtsanwalt. Und sie will morgen früh wiederkommen, die Person. Weil das mit dem Mord so interessant ist, Herr Rechtsanwalt, darum habe ich es über mich gebracht, trotzdem es sich doch ganz und gar nicht schickt.“

„Wissen Sie, Fräulein,“ sagte van Tenius ungewiß, „von mir haben Sie ja nichts zu fürchten. Ich hoffe, ich habe es nie an der gebührenden Achtung fehlen lassen.“

Das Mädchen zitterte.

„Wie heißen Sie eigentlich,“ fragte er vertegen.

„Camilla,“ sagte sie mit einem frohen Ausleuchten der dunkeln Augen. Sie stand schweratmend vor ihm. Langsam ließ sie das rechte Ende des Tuches herunterfallen, dann riß sie es mit der linken Hand völlig fort. Einen Augenblick sah sie frech aus, als ob sie gewußt hätte, was der prächtige Van ihrer Schultern und der fast unberührten Brust nun endlich dem Rechtsanwalt zu sagen hatte. Dann